

orell füssli

Alexander Dietrich-Mirkovic



Repetitorium

5., stark überarbeitete und erweiterte Auflage

Personenrecht und Einleitungsartikel

Dietrich-Mirkovic

Personenrecht und Einleitungsartikel

Alexander Dietrich-Mirkovic

Repetitorium Personenrecht und Einleitungsartikel

Kurz gefasste Darstellung mit
Schemata, Übungen und Lösungen

5., stark überarbeitete und erweiterte Auflage

orell füssli
verlag

5., stark überarbeitete und erweiterte Auflage 2020
Orell Füssli Verlag, www.ofv.ch

Allfällige nachträglich bekannt gewordene Fehler werden in einer Korrigenda publiziert unter
www.ofv.ch/103729

© 2020 Orell Füssli AG, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Übersetzung oder Vervielfältigung auf anderen Wegen sowie elektronische Speicherung und Wiedergabe bleiben vorbehalten, auch bei nur auszugsweiser Verwertung wie Entnahme von Abbildungen und Tabellen. Soweit Vervielfältigungen des Werks oder Teilen davon im Einzelfall und in den Grenzen der Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes zulässig sind, sind diese grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen werden straf- und zivilrechtlich verfolgt.

Umschlagabbildung: © Dewing/Shotshop.com

ISBN 978-3-280-07435-0 Print
ISBN 978-3-280-09439-6 E-Book

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Die Repetitorien Recht basieren auf einem Lernkonzept, das durch die erfahrenen Lehrmittelspezialisten der Compendio Bildungsmedien entwickelt wurde. Die Reihe will und kann nicht Ersatz für die Vorlesung, das Studium der einschlägigen Literatur und die Auseinandersetzung mit der Gerichtspraxis sein, sondern ist lediglich als Ergänzung dazu gedacht.

Im Vordergrund stehen folgende Ziele:

- Repetition vor Prüfungen: Die systematische Kurzdarstellung des Stoffs wird ergänzt mit zahlreichen Beispielen, Grafiken, Verweisen auf die Gerichtspraxis (zum Teil mit Kurzbeschreibungen) sowie Übungsfällen mit Lösungsskizzen.
- Evaluation von allfälligen Wissens- und Verständnislücken, die dank Verweisen auf die Fachliteratur zielgerichtet geschlossen werden können.
- Vorbereitung auf Vorlesungen, Literaturstudium und Arbeit an Falllösungen dank kurzem, klar strukturiertem Überblick.

Das vorliegende Werk enthält eine Darstellung der Einleitungsartikel zum ZGB sowie des Personenrechts mit Illustrationen, Übungsfällen und Lösungen. Im Aufbau folgt es weitgehend der gesetzlichen Systematik.

Für die 5. Auflage wurde das Buch stark überarbeitet und erweitert. Die Teile 3 (Persönlichkeitsschutz) und 4 (die juristische Person) wurden erheblich ausgebaut und befassen sich vertiefter auch mit aktuellen Rechtsfragen. Noch nicht in Kraft getretene, aber bereits beschlossene Gesetzesänderungen wurden soweit bekannt in die Ausführungen einbezogen.

Mit der vorliegenden Auflage wurde die Verbindlichkeit des Inhalts weiter verstärkt: Dank hoher Dichte an Gesetzes- und Querverweisen sowie zahlreichen zitierten Bundesgerichtsentscheiden beansprucht das Werk die Qualitäten eines Lehrmittels, das Studierende und Kandidierende der Anwaltsprüfung besser auf ihre Prüfungsziele vorbereiten möchte. Das ausführliche und vollständig überarbeitete Stichwortverzeichnis dient darüber hinaus auch dem Praktiker und weiteren am Fach interessierten Personen, die sich zu einer bestimmten Frage in kurzer Zeit einen Überblick verschaffen wollen.

Herzlichen Dank gebührt Herrn lic. iur. Raimund Süess, Orell Füssli Verlag, für die zuverlässige und kompetente Unterstützung bei der Fertigstellung des Werks. Meiner Frau Pia Dietrich danke ich für die grosse Unterstützung, die mir das Schreiben dieses Werks überhaupt erst möglich machte.

Zürich, im Frühling 2020

Alexander Dietrich-Mirkovic

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	6
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	18
Literaturverzeichnis	23
1. Teil Einleitungsartikel	27
2. Teil Die natürliche Person	62
3. Teil Persönlichkeitsschutz	101
4. Teil Die juristische Person	158
Lösungen	230
Stichwortverzeichnis	245

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	6
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	18
Literaturverzeichnis	23
1. Teil Einleitungsartikel	27
A Quellen und Auslegung des Rechts (ZGB 1 und 4)	27
1 Übersicht	27
2 Gesetz und Auslegung	28
2.1 Gesetz als vorrangige Rechtsquelle (Legalitätsprinzip)	28
2.2 Auslegung des Gesetzes	28
2.3 Auslegungselemente	29
2.4 Gesetzeslücken	31
3 Gewohnheitsrecht	33
3.1 Begriff	33
3.2 Anwendbarkeit und Bedeutung	34
4 Richterrecht	34
4.1 Begriff und Methodik	34
4.2 «Bewährte Lehre»	35
4.3 «Bewährte Überlieferung»	35
4.4 Weitere Hilfsmittel	35
4.5 «Obiter dictum», «Stare decisis» und Praxisänderung	35
4.6 Gerichtliches Ermessen (ZGB 4)	36
B Treu und Glauben (ZGB 2)	37
1 Allgemeines	37
2 Grundsatz von Treu und Glauben (ZGB 2 Abs. 1)	38
2.1 Übersicht	38
2.2 Vertragsauslegung	38
2.3 Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)	39
2.4 Vertragslücken	39
2.5 Vertragliche Nebenpflichten	39
2.6 Culpa in contrahendo	40
2.7 Vertrauenshaftung	40
3 Rechtsmissbrauchsverbot (ZGB 2 Abs. 2)	40
3.1 Allgemeines und Übersicht	40
3.2 Unnütze oder schikanöse Rechtsausübung	41
3.3 Krasses Missverhältnis der Interessen	41
3.4 Venire contra factum proprium	42
3.5 Clausula rebus sic stantibus	42
3.6 Unzulässige Berufung auf Nichtigkeit wegen Formmangels	42
3.7 Zweckwidrige Verwendung eines Rechtsinstituts und Durchgriff	43
C Schutz des guten Glaubens (ZGB 3)	43
1 Begriff und Sondervorschriften	43
2 Elemente des guten Glaubens	44

2.1	Vorliegen eines Rechtsmangels	44
2.2	Fehlendes Unrechtsbewusstsein	44
2.3	Zeitliche Aspekte	45
3	Zur Person des Gutgläubigen	45
3.1	Prämisse: Urteilsfähigkeit	45
3.2	Wissenszurechnung	45
4	Gesetzliche Vermutung (ZGB 3 Abs. 1)	46
5	Widerlegung der gesetzlichen Vermutung	46
5.1	Widerlegung durch Gegenbeweis	46
5.2	Widerlegung durch Beweis des Gegenteils	46
6	Ausschluss des Gutgläubensschutzes wegen mangelnder Aufmerksamkeit (ZGB 3 Abs. 2)	46
6.1	Kennen-Sollen als Beweiserleichterung	46
6.2	Gebotene Aufmerksamkeit im Besonderen	47
7	Gutgläubensschutz als Rechtswirkung	48
D	Verhältnis von Bundesprivatrecht zum kantonalen Recht (ZGB 5 f.)	48
1	Allgemeines	48
2	Echte Vorbehalte (ZGB 5 Abs. 1)	48
2.1	Übersicht	48
2.2	Ermächtigende Vorbehalte	49
2.3	Verpflichtende Vorbehalte	49
2.4	Zuteilende Vorbehalte	49
2.5	Übergangsrechtliche Vorbehalte	49
3	Verweisung auf Übung und Ortsgebrauch (ZGB 5 Abs. 2)	50
4	Unechter Vorbehalt: Bundeszivilrecht und öffentliches Recht der Kantone (ZGB 6)	50
4.1	Kantonale Souveränität in öffentlich-rechtlichen Befugnissen	50
4.2	Grenzen der kantonalen Souveränität im Bereich des öffentlichen Rechts	50
E	Einheit des Privatrechts (ZGB 7)	51
1	Allgemeines	51
2	Umfang der Verweisung	51
F	Beweislast (ZGB 8)	51
1	Allgemeines	51
1.1	Grundsatz und Anwendungsbereich	51
1.2	Worüber (nicht) Beweis zu führen ist	51
1.3	Beweis, Gegenbeweis und Beweis des Gegenteils	52
2	Recht auf Beweis	52
2.1	Anspruch auf Beweisführung	52
2.2	Beweisbedürftige Behauptung	53
2.3	Rechtserhebliche Behauptung	53
2.4	Substanziierte Behauptung	53
2.5	Taugliches Beweismittel	53
2.6	Fristgerecht und formgültig eingereichtes Beweismittel	53
2.7	Zulässiges Beweismittel	53
3	Beweismass	54
3.1	Voller Beweis	54
3.2	Überwiegende Wahrscheinlichkeit	54
3.3	Glaubhaftmachung	54
4	Beweislastregel, oder: Wer hat was zu beweisen?	55
4.1	Übersicht	55
4.2	Rechtserzeugende Tatsachen	55

4.3	Rechtshindernde und rechtsaufhebende Tatsachen	55
4.4	Einreden und Einwendungen	55
4.5	Beweis negativer Tatsachen	56
5	Besondere Beweislastregeln	56
5.1	Übersicht	56
5.2	Gesetzliche Vermutung	57
5.3	Fiktion im Besonderen	57
5.4	Gerichtliche Vermutung	58
5.5	Tatsachenvermutung im Besonderen	58
G	Beweisführung durch öffentliche Register und Urkunden (ZGB 9)	58
1	Allgemeines	58
2	Öffentliche Register	58
3	Öffentliche Urkunden	59
4	Gegenstand der erhöhten Beweiskraft	59
4.1	Kein Beweis betreffend Echtheit	59
4.2	Beweis betreffend Inhalt	59
5	Entkräftung durch Beweis des Gegenteils	59
H	Einschränkung kantonaler Formvorschriften (aZGB 10)	60
I	Übungen	60
2. Teil Die natürliche Person		62
A	Recht der Persönlichkeit	63
1	Allgemeines	63
2	Rechtsfähigkeit	63
2.1	Begriff und Umfang	63
2.2	Einschränkungen der Rechtsfähigkeit	63
2.3	Parteifähigkeit als prozessrechtliche Rechtsfähigkeit	64
3	Handlungsfähigkeit	64
3.1	Urteilsfähigkeit	64
3.2	Volljährigkeit	67
3.3	Stufen der Handlungsfähigkeit	67
3.4	Prozessfähigkeit als prozessrechtliche Handlungsfähigkeit	68
3.5	Erbrechtliche Verfügungsfähigkeit im Besonderen	69
B	Anfang und Ende der Persönlichkeit	69
1	Beginn der Persönlichkeit	69
1.1	Geburt	69
1.2	Frühgeburt, Totgeborene, Fehlgeborene	70
1.3	Nicht geborenes Kind (Nasciturus)	71
1.4	Noch nicht gezeugtes Kind (Nondum conceptus)	71
1.5	Embryo in vitro	71
2	Ende der Persönlichkeit	71
2.1	Übersicht	71
2.2	Tod	72
2.3	Verschollenerklärung	73
2.4	Postmortale Persönlichkeitsrechte	74
2.5	Rechtsfolgen des Todes einer natürlichen Person	75
C	Verwandtschaft und Schwägerschaft	76
1	Verwandtschaft	76
1.1	Gesetzliche Relevanz	76
1.2	Legaldefinition	77
1.3	Verwandtschaft in gerader Linie	77

	1.4	Verwandtschaft in Seitenlinie	78
	1.5	Stiefverwandtschaft	78
	2	Schwägerschaft	79
D		Heimat und Wohnsitz	80
	1	Heimatangehörigkeit	80
	1.1	Begriff	80
	1.2	Bedeutung	80
	1.3	Erwerb und Verlust des Bürgerrechts	80
	1.4	Heimat bei mehrfachem Bürgerrecht	81
	2	Wohnsitz	81
	2.1	Begriff	81
	2.2	Grundsätze: Einheit und Notwendigkeit des Wohnsitzes	82
	2.3	Absicht dauernden Verbleibens als Kernelement des Wohnsitzbegriffs	82
	2.4	Selbstständiger und unselbstständiger Wohnsitz	82
	2.5	Aufenthalt als fiktiver Wohnsitz	83
	2.6	Aufenthalt zu Sonderzwecken	84
	2.7	Exkurs: Sitz einer juristischen Person	84
	2.8	Exkurs: Geschäfts- und Zweigniederlassung	84
	2.9	Übersicht über die räumlichen Anknüpfungen im Zivilrecht	84
E		Recht auf den Namen	85
	1	Funktion und Rechtsnatur des Namens	85
	2	Begriff des Namens	85
	3	Der Familienname im Schweizer Recht	85
	3.1	Familienname in Ehen und eingetragenen Partnerschaften	86
	3.2	Exkurs: Allianzname	86
	3.3	Familienname von Kindern	86
	4	Namensanmassung (ZGB 29 Abs. 2)	87
	4.1	Verletzung rechtlich schützenswerter Interessen	87
	4.2	Verwechslungsgefahr: Bestand und Intensität	87
	5	Durchsetzung des Namensrechts	88
	5.1	Klage auf Feststellung des Namensrechts (ZGB 29 Abs. 1)	88
	5.2	Klage auf Unterlassung der Namensanmassung (ZGB 29 Abs. 2)	88
	5.3	Subsidiäre Anwendbarkeit von ZGB 28	88
	6	Exkurs: Firma (OR 944 ff.)	88
F		Namensänderung (ZGB 30)	89
	1	Hintergründe des liberalisierten Namensrechts	89
	2	Der achtenswerte Grund	89
	2.1	Allgemeines	89
	2.2	Definition	90
	2.3	Interessenabwägung	90
	2.4	Fallgruppen	90
	3	Verfahren	91
	3.1	Allgemeines	91
	3.2	Gesuch	91
	3.3	Verfahrensbeteiligte	91
	3.4	Rechtsmittel ans Bundesgericht	91
	4	Anfechtung von Namensänderungen (ZGB 30 Abs. 3)	92
	4.1	Allgemeines	92
	4.2	Verwirkungsfrist	92
	4.3	Interessenabwägung	92
	4.4	Rechtsmittel ans Bundesgericht	92

5	Namenserklärung	92
5.1	Abgrenzung zur Namensänderung	92
5.2	Namenserklärung bei Erwachsenen	92
5.3	Namenserklärung bei Kindern	93
5.4	Örtliche Zuständigkeit	93
G	Beurkundung des Personenstands	93
1	Zivilstandswesen der Schweiz	93
1.1	Rechtsgrundlagen	93
1.2	Organisation	94
2	Von konventionellen Registern zum Personenstandsregister	94
2.1	Konventionelle (papierene) Register	94
2.2	Infostar	95
2.3	Zivilstandsregister und Personenstandsregister	95
3	Zivilstandsrechtliches Beurkundungsverfahren	96
3.1	Zivilstandsbeamte als Urkundspersonen	96
3.2	Beurkundung von Geschäftsfällen	96
3.3	Vorprüfung	96
3.4	Nachweis der zu beurkundenden Daten	96
3.5	Berichtigung von beurkundeten Daten	97
3.6	Mitteilungen und Auszüge: Pflichten und Wirkungen	97
3.7	Haftung	98
3.8	Disziplinarverfahren und Amtsenthebung	98
H	Übungen	99
3. Teil Persönlichkeitsschutz		101
A	Grundlagen des Persönlichkeitsschutzes	102
1	Persönlichkeit, Persönlichkeitsrecht und Persönlichkeitsschutz	102
2	Rechtsquellen des Persönlichkeitsschutzes	102
2.1	Vom «internen» und «externen» Persönlichkeitsschutz	102
2.2	Bestimmungen des Persönlichkeitsschutzes im «Sekundärrecht»	102
3	Rechtssubjekte des Persönlichkeitsschutzes	103
3.1	Natürliche Personen	103
3.2	Juristische Personen	103
3.3	Rechtsgemeinschaften	104
4	Postmortaler Persönlichkeitsschutz	104
5	Rechtsnatur der Persönlichkeitsrechte	105
5.1	Merkmale von Persönlichkeitsrechten	105
5.2	Persönlichkeitsrechte als absolute Rechte	105
5.3	Persönlichkeitsrechte als relativ höchstpersönliche Rechte	105
5.4	Persönlichkeitsrechte als Abwehrrechte	106
B	Persönlichkeitsschutz nach ZGB 27	106
1	Allgemeines	106
1.1	ZGB 27 als Schutz der rechtsgeschäftlichen Handlungsfreiheit	106
1.2	ZGB 27 als Teil des schweizerischen Ordre public	106
2	Unverzichtbarkeit der Rechts- und Handlungsfähigkeit	106
3	Schutz vor übermässiger Bindung	107
3.1	Allgemeines	107
3.2	Zum Kernbereich der geschützten Persönlichkeit	107
3.3	Unzulässigkeit von Verpflichtungen aufgrund des Gegenstands der Bindung	108
3.4	Unzulässigkeit von Verpflichtungen aufgrund des Ausmasses der Bindung	108

	3.5 Globalzession und Bürgschaftsverpflichtungen	110
4	Rechtsfolgen eines Verstosses gegen ZGB 27	110
	4.1 Rechtsfolgen bei Verstoss gegen ZGB 27 Abs. 1	110
	4.2 Rechtsfolgen bei Verstoss gegen ZGB 27 Abs. 2	110
5	Zusammenfassende Übersicht	111
C	Persönlichkeitsschutz nach ZGB 28	111
1	Allgemeines und Übersicht	111
2	Schutz der physischen Integrität	112
	2.1 Physischer Schutzbereich nach ZGB 28	112
	2.2 Schutzbereich nach ZGB 28b: Gewalt, Drohungen und Nachstellungen	112
3	Schutz der psychischen Integrität	113
4	Schutz der sozialen Integrität	113
	4.1 Allgemeines und Übersicht	113
	4.2 Schutz der Ehre	114
	4.3 Recht am eigenen Bild	115
	4.4 Recht am eigenen Namen	116
5	Schutz des Privatlebens im Besonderen – Sphärentheorie	116
	5.1 Gemeinsphäre	116
	5.2 Privatsphäre	117
	5.3 Intimsphäre	117
6	Informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz	117
	6.1 Allgemeines und gesetzliche Grundlagen	117
	6.2 EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)	118
	6.3 Grundsätze des DSGVO	119
	6.4 Das DSGVO als Konkretisierung des allgemeinen Persönlichkeitsschutzes	120
7	Persönlichkeitsschutz im Wirtschaftsleben	120
	7.1 Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers	120
	7.2 Schutz der wirtschaftlichen Entfaltungsfreiheit	121
D	Widerrechtlichkeit und Rechtfertigung von Persönlichkeitsverletzungen	121
1	Grundsatz der Widerrechtlichkeit und Verschuldensunabhängigkeit	121
2	Übersicht über die Rechtfertigungsgründe	122
3	Einwilligung	122
	3.1 Allgemeines	122
	3.2 Rechtliche Aspekte der Einwilligung	122
	3.3 Einwilligung bei medizinischen Massnahmen im Besonderen	123
4	Überwiegendes Interesse	125
	4.1 Überwiegendes privates Interesse	125
	4.2 Überwiegendes öffentliches Interesse	126
	4.3 Rechtfertigung von Persönlichkeitsverletzungen in den Medien	126
	4.4 Notwehr, Notstand und Selbsthilfe als Sonderfälle	128
5	Gesetzesvorschrift	128
E	Übersicht: Durchsetzung des Persönlichkeitsschutzes	129
F	Prozessrechtliche Aspekte	130
1	Sachlegitimation der Parteien	130
	1.1 Aktivlegitimation	130
	1.2 Passivlegitimation	130
2	Gerichtsstand	131
	2.1 Binnenverhältnis	131
	2.2 Internationales Verhältnis	131
G	Abwehrklagen	131
1	Unterlassungsklage	131

	1.1	Voraussetzungen	131
	1.2	Rechtsbegehren	132
2		Beseitigungsklage	132
	2.1	Voraussetzungen	132
	2.2	Rechtsbegehren	133
3		Feststellungsklage	133
	3.1	Voraussetzungen	133
	3.2	Rechtsbegehren	133
4		Klage im Fall von Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen	134
	4.1	Allgemeine Schutzmassnahmen	134
	4.2	Wohnungsausweisung im Besonderen	135
	4.3	Anordnung einer elektronischen Überwachung	135
H		Wiedergutmachungsklagen	136
1		Schadenersatzklage	136
	1.1	Voraussetzungen	136
	1.2	Rechtsbegehren	136
2		Klage auf Zusprechung einer Genugtuung	137
	2.1	Voraussetzungen	137
	2.2	Genugtuungsanspruch von juristischen Personen	138
	2.3	Rechtsbegehren	138
3		Klage auf Veröffentlichung des Urteils oder der Berichtigung	139
	3.1	Voraussetzungen	139
	3.2	Rechtsbegehren	139
	3.3	Verhältnis zwischen Publikation und Gegendarstellung	140
4		Klage auf Gewinnherausgabe	140
	4.1	Allgemeines	140
	4.2	Voraussetzungen	141
	4.3	Rechtsbegehren	141
I		Gegendarstellungsrecht	141
1		Ratio legis	141
2		Voraussetzungen der Gegendarstellung	142
	2.1	Übersicht über die Voraussetzungen	142
	2.2	Periodisch erscheinende Medien	142
	2.3	Tatsachenbehauptung vs. Werturteil	143
	2.4	Unmittelbare persönliche Betroffenheit	144
	2.5	Kein offensichtlicher Rechtsmissbrauch	144
	2.6	Wiedergabe einer öffentlichen Verhandlung	145
3		Form	145
4		Inhalt	145
5		Verfahren	146
	5.1	Allgemeines	146
	5.2	Verwirkungsfristen	146
	5.3	Handeln des Medienunternehmens	147
	5.4	Veröffentlichung der Gegendarstellung: Zeit, Ort und Inhalt	147
6		Anrufung des Gerichts	148
	6.1	Gründe	148
	6.2	Zuständigkeit und Verfahren	149
	6.3	Urteil und Rechtsmittel	149
7		Übersicht: Prozessablauf einer Gegendarstellung	150
J		Vorsorgliche Massnahmen	150
1		Ratio legis	150

2	Voraussetzungen einer vorsorglichen Massnahme	151
2.1	Allgemeine Voraussetzungen	151
2.2	Superprovisorische Massnahme	151
2.3	Vorsorgliche Massnahmen bei periodisch erscheinenden Medien	152
3	Prozessrechtliche Aspekte	152
3.1	Örtliche Zuständigkeit	152
3.2	Glaubhaftmachung	152
3.3	Anhörung der Gegenpartei (rechtliches Gehör)	152
3.4	Schutzschrift	152
3.5	Sicherheitsleistung	153
3.6	Vollstreckung	153
3.7	Prosequierung	153
4	Rechtsbegehren	153
K	Übungen	154
4. Teil Die juristische Person		158
A	Grundlagen zur juristischen Person	158
1	Rechtsgeschichtliche Hintergründe	158
1.1	Ausgangslage	158
1.2	Römisches Recht	159
1.3	Germanisches Recht	159
1.4	Theorienbildung zur juristischen Person	159
2	Verfassungsrechtliche Grundlagen	160
B	Einteilung von juristischen Personen	160
1	Übersicht	160
2	Juristische Personen des öffentlichen Rechts	161
2.1	Juristische Personen des öffentlichen Rechts von Bund und Kantonen	161
2.2	Kirchliche Körperschaften und Anstalten	161
3	Juristische Personen und Rechtsgemeinschaften des Privatrechts	162
3.1	Übersicht	162
3.2	Körperschaften und Anstalten des Privatrechts	162
3.3	Privatrechtliche Rechtsgemeinschaften	163
3.4	Handelsgesellschaften und Genossenschaft	164
3.5	Exkurs: Kollektive Kapitalanlagen	164
3.6	Exkurs: Vorbehalt des kantonalen Rechts (ZGB 59 Abs. 3)	164
C	Allgemeine Bestimmungen zur juristischen Person des Privatrechts	165
1	Anfang der juristischen Person	165
1.1	Entstehung mit Eintrag im Handelsregister	165
1.2	Entstehung ohne Eintrag im Handelsregister	165
1.3	Juristische Personen mit unsittlichem oder widerrechtlichem Zweck	165
1.4	Anwendbares Recht vor Entstehung einer juristischen Person	166
2	Ende der juristischen Person	166
2.1	Übersicht	166
2.2	Liquidation der juristischen Person und ihres Vermögens	166
2.3	Beendigung und Löschung	167
2.4	Exkurs: Fusion	167
3	Rechtsfähigkeit der juristischen Person	167
4	Handlungsfähigkeit der juristischen Person	168
5	Die Organe der juristischen Person	169
5.1	Allgemeines und Übersicht	169
5.2	Formelle Organe	169

	5.3	Faktische Organe	170
	5.4	Weitere Vertretungsverhältnisse	170
6		Rechtsgeschäftliches Handeln der Organe für die juristische Person	170
	6.1	Vom rechtsgeschäftlichen Können und Dürfen	170
	6.2	Voraussetzungen und Grenzen der rechtsgeschäftlichen Vertretung	171
	6.3	Exkurs: Durchgriff	171
7		Deliktsfähigkeit der juristischen Person	172
	7.1	Übersicht	172
	7.2	Zivilrechtliche Deliktsfähigkeit	173
	7.3	Strafrechtliche Deliktsfähigkeit	173
8		Sitz der juristischen Person	175
	8.1	Grundsätze und Begriffsbestimmung	175
	8.2	Zweigniederlassung	175
9		Statuten	175
D		Der Verein	176
1		Grundlagen	176
	1.1	Personenbezogene Organisationsstruktur	176
	1.2	Vereinsautonomie und freie Vereinsbildung	176
	1.3	Vereinsstatuten	176
	1.4	Dispositives und zwingendes Vereinsrecht	177
	1.5	Vereinsname	178
	1.6	Vereinssitz	178
	1.7	Exkurs: Sektionen und Verbände	178
2		Anfang und Ende des Vereins	179
	2.1	Gründung und Rechtspersönlichkeit des Vereins	179
	2.2	Vereine ohne Rechtspersönlichkeit («Vorvereine»)	179
	2.3	Eintragung ins Handelsregister und Buchführung	180
	2.4	Auflösung des Vereins	180
	2.5	Löschung des Registereintrags	182
3		Vereinszweck	182
	3.1	Ideelle Zwecke	182
	3.2	Wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Zwecke	183
	3.3	Betreiben eines nach kaufmännischer Art geführten Gewerbes	183
	3.4	Zulässigkeit der Kombination von Vereinszwecken und Mitteln	183
	3.5	Schutz des zulässigen Vereinszwecks	184
4		Organisation	184
	4.1	Mitgliederversammlung	184
	4.2	Vorstand	188
	4.3	Revisionsstelle	190
	4.4	Andere Organe	191
	4.5	Mängel in der Organisation	191
	4.6	Drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	191
5		Mitgliedschaft	192
	5.1	Erwerb der Mitgliedschaft	192
	5.2	Rechte des Vereinsmitglieds	192
	5.3	Pflichten des Vereinsmitglieds	195
	5.4	Ende der Mitgliedschaft	196
6		Haftung	199
	6.1	Haftung des Vereins	199
	6.2	Haftung der Vereinsmitglieder	199
	6.3	Haftung und Verantwortlichkeit des Vorstands und anderer Organe	199

E	Die Stiftung	200
1	Grundlagen	200
1.1	Einführung in das Stiftungsrecht	200
1.2	Rechtsquellen des Stiftungsrechts	201
1.3	Stiftungsurkunde und Stiftungsreglement	202
1.4	Gesetzesrevisionen 2006/2008/2013, Umsetzung der GAFI-Empfehlungen 2016	203
2	Anfang und Ende der Stiftung	203
2.1	Voraussetzungen der Errichtung und Rechtspersönlichkeit einer Stiftung	204
2.2	Widmung einer Vermögensmasse zu einem besonderen Zweck	204
2.3	Errichtung durch Stiftungsurkunde	205
2.4	Errichtung durch Verfügung von Todes wegen	205
2.5	Eintragung ins Handelsregister	206
2.6	Aufhebung der Stiftung	207
2.7	Exkurs: Fusion und Vermögensübertragung von Stiftungen	208
3	Anfechtung einer Stiftung	208
3.1	Anfechtung einer zu Lebzeiten des Stifters errichteten Stiftung	208
3.2	Anfechtung einer von Todes wegen errichteten Stiftung	209
3.3	Weitere Anfechtungsmöglichkeiten	209
4	Organisation	209
4.1	Allgemeines	209
4.2	Stiftungsrat	210
4.3	Revisionsstelle	211
4.4	Weitere Organe	213
4.5	Handeln der Stiftungsorgane im Allgemeinen	213
4.6	Vermögensverwaltung im Besonderen	214
4.7	Behebung von Organisationsmängeln	214
5	Stiftungsaufsicht	215
5.1	Einführung und gesetzliche Grundlagen	215
5.2	Stiftungsaufsicht als öffentliches Recht	216
5.3	Gegenstand der Aufsicht	216
5.4	Mittel der Aufsichtsbehörde	218
6	Umwandlung der Stiftung	219
6.1	Änderung der Organisation	219
6.2	Zweckänderung auf Antrag der Aufsichtsbehörde oder des obersten Stiftungsorgans	220
6.3	Zweckänderung auf Antrag des Stifters oder aufgrund seiner Verfügung von Todes wegen	220
6.4	Unwesentliche Änderungen der Stiftungsurkunde	221
6.5	Zuständigkeiten	221
7	Haftung	222
7.1	Haftung der Stiftung	222
7.2	Haftung der Stiftungsorgane	222
8	Besondere Stiftungsformen	222
8.1	Familienstiftungen	222
8.2	Kirchliche Stiftungen	223
8.3	Gemischte Stiftungen	224
8.4	Unselbstständige Stiftungen	224
8.5	Unternehmensstiftungen	224
8.6	Sammelvermögen	225
8.7	Trusts	225

8.8	Öffentlich-rechtliche Stiftungen	226
9	Spezialfall: Personalfürsorgestiftungen	226
9.1	Grundlagen	226
9.2	Ausgewählte Sonderbestimmungen	227
F	Übungen	227
	Lösungen	230
	Lösungen zum 1. Teil	230
	Lösungen zum 2. Teil	233
	Lösungen zum 3. Teil	235
	Lösungen zum 4. Teil	240
	Stichwortverzeichnis	245

Abkürzungsverzeichnis

a[Gesetz]	nicht mehr in Kraft stehendes Gesetz (alt)
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Zürich/St. Gallen)
AlkG	Bundesgesetz über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz) vom 21. Juni 1932 (SR 680)
allg.	allgemein
ArG	Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) vom 13. März 1964 (SR 822.11)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (SR 830.1)
ATSV	Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 11. September 2002 (SR 830.11)
Aufl.	Auflage
AwG	Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz) vom 22. Juni 2001 (SR 143.1)
BankG	Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz) vom 8. November 1934 (SR 952.0)
BAZ	Basler Zeitung (Basel)
BBI	Bundesblatt
Bd.	Band
BewG	Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 16. Dezember 1983 (SR 211.412.41)
BGE	In der Amtlichen Sammlung publizierter Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheid)
BGer	Bundesgerichtsentscheid (nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht)
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz) vom 17. Juni 2005 (SR 173.110)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Deutschland)
BJM	Basler Juristische Mitteilungen (Reinach/BL)
bspw.	beispielsweise

BüG	Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz) vom 20. Juni 2014 (SR 141.0)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 (SR 831.40)
BVV 2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984 (SR 831.441.1)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CHF	Schweizer Franken
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990 (SR 642.11)
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
DSG	Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 (SR 235.1 ; revidierte Fassung im Entwurfsstadium, BBI 2017 7193 ff.)
E.	Erwägung
EAZW	Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen
EG ZGB	Einführungsgesetz zum ZGB (kantonal)
EHRA	Eidgenössisches Amt für das Handelsregister
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) vom 4. November 1950 (SR 0.101)
EÖBV	Verordnung über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen vom 8. Dezember 2017 (SR 211.435.1)
ePVO	Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG (EU-Verordnung 2017/0003)
ESAG	Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht vom 2. März 2016 (SR 211.121.1 ; im Entwurfsstadium)
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
EU-DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union vom 27. April 2016 (EU-Verordnung 2016/679)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
f./ff.	und (fort)folgende/r (Seite[n], Randnummer[n] usw.)
FamPra.ch	Die Praxis des Familienrechts (Bern)
FATF	Financial Action Task Force (Arbeitsgruppe für finanzielle Massnahmen [gegen Geldwäsche])
FIFA	Fédération Internationale de Football Association (Weltfussballverband)
FMedG	Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz) vom 18. Dezember 1998 (SR 810.11)

FusG	Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz) vom 3. Oktober 2003 (SR 221.301)
g	Gramm
GAFI	Groupe d'action financière (siehe FATF)
GBV	Grundbuchverordnung vom 23. September 2011 (SR 211.432.1)
gem.	gemäss
ggf.	gegebenenfalls
GIG	Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) vom 24. März 1995 (SR 151.1)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GUMG	Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen vom 8. Oktober 2004 (SR 810.12)
GwG	Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (Geldwäschereigesetz) vom 10. Oktober 1997 (SR 955.0)
HArG	Bundesgesetz über die Heimarbeit (Heimarbeitsgesetz) vom 20. März 1981 (SR 822.31)
HGer	Handelsgericht
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HRegV	Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (SR 221.411)
Hrsg.	Herausgeber
HTÜ	Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung (Haager Trust-Übereinkommen) vom 1. Juli 1985 (SR 0.221.371)
i.c.	in casu (im vorliegenden Fall)
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
IKS	Internes Kontrollsystem
insb.	insbesondere
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (SR 291)
i.S.(v.)	im Sinne (von)
i.Üe.	im Üechtland
IV	Invalidenversicherung
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
JStG	Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz) vom 20. Juni 2003 (SR 311.1)
KAG	Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagegesetz) vom 23. Juni 2006 (SR 951.31)

KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
KFG	Bundesgesetz über die Kulturförderung (Kulturförderungsgesetz) vom 11. Dezember 2009 (SR 442.1)
KG	Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) vom 6. Oktober 1995 (SR 251)
KKG	Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 23. März 2001 (SR 221.214.1)
KmAG	Kommanditaktiengesellschaft
lit.	litera (Buchstabe)
LMG	Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz) vom 20. Juni 2014 (SR 817.0)
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) vom 30. Oktober 2007 (SR 0.275.12)
m.a.W.	mit anderen Worten
max.	maximal
mind.	mindestens
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
MWST	Mehrwertsteuer
Nr.	Nummer
OGer	Obergericht
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220)
PartG	Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz) vom 18. Juni 2004 (SR 211.231)
Pra	Die Praxis des Schweizerischen Bundesgerichts (Basel)
PublG	Bundesgesetz über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (Publikationsgesetz) vom 18. Juni 2004 (SR 170.512)
RAG	Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz) vom 16. Dezember 2005 (SR 221.302)
resp.	respektive
S.	Seite
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SR 281.1)
ZGB-SchIT	Schlusstitel zum Zivilgesetzbuch
SICAF	Société d'Investissement à Capital Fixe (Investmentgesellschaft mit festem Kapital)
SICAV	Société d'Investissement à Capital Variable (Investmentgesellschaft mit variablem Kapital)
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung (Zürich)
sog.	sogenannt
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts

StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
SVG	Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zürich)
TransplantG	Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz) vom 8. Oktober 2004 (SR 810.21)
u.a.	unter anderem
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
UWG	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 (SR 241)
v.a.	vor allem
VE	Vorentwurf
VG	Bundesgesetz über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (Verantwortlichkeitsgesetz) vom 14. März 1958 (SR 170.32)
vgl.	vergleiche
vs.	versus (gegen)
VwVG	Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz) vom 20. Dezember 1968 (SR 172.021)
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Bern)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung) vom 19. Dezember 2008 (SR 272)
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung (Zürich)
ZStR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht (Bern)
ZStV	Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (SR 211.112.2)
z.T.	zum Teil
zzgl.	zuzüglich
ZZW	Zeitschrift für Zivilstandswesen (Bern)

- ARTER OLIVER/CINCELLI ROMAN, Die Aufsicht über Stiftungen durch die Eidgenössische Stiftungsaufsicht – Grundlagen und Revisionsvorhaben, in: Jusletter vom 12. Juni 2017.
- BAUMANN ANDREAS/RYFFEL GRITLI, Repetitorium Erbrecht, 4. Aufl., Zürich 2018.
- BORN CHRISTOPH, Wann haften Medienschaffende für die Wiedergabe widerrechtlicher Äusserungen Dritter?, in: Medialex 2001, 13–20.
- BRÜCKNER CHRISTIAN, Das Personenrecht des ZGB, Zürich 2000.
- BRÜCKNER CHRISTIAN, Schweizerisches Beurkundungsrecht, Zürich 1993.
- BUCHER ANDREAS, Natürliche Personen und Persönlichkeitsschutz, 4. Aufl., Basel 2009.
- BUCHER EUGEN/HAUSHEER HEINZ (Hrsg.), Berner Kommentar, Art. 11–27 ZGB. Die natürlichen Personen, inklusive 2. Ergänzungslieferung 2015, Bern 2015.
- CARONI PIO, Einleitungsartikel des Zivilgesetzbuches, Basel 1996.
- DELCO FABIO, Die Bedeutung des Grundsatzes von Treu und Glauben beim Ersatz reiner Vermögensschäden, Diss. Zürich, Zürich 2000.
- DESCHENAUX HENRI/STEINAUER PAUL H., Personnes physiques et tutelles, 4. Aufl., Bern 2001.
- DOMANIG ANDREA, Revision der ZPO, in: Jusletter vom 17. Juni 2019.
- DUDLI ANDREAS, Unmittelbare Wirkung der Anerkennung von Trusts in der Schweiz, Diss. St. Gallen, St. Gallen 2012.
- GEISER THOMAS/MÜLLER ROLAND/PÄRLI KURT, Arbeitsrecht in der Schweiz, 4. Aufl., Bern 2019.
- GLOOR DANIELA/MEIER HANNA/BÜCHLER ANDREA, Evaluation «Umsetzung und Wirkung von Art. 28b ZGB» zuhanden des Bundesamtes für Justiz (vom 10. April 2015), abrufbar unter: www.bj.admin.ch → Sicherheit → Laufende Rechtssetzungsprojekte, Schutz vor häuslicher Gewalt → Dokumentation.
- HAUSHEER HEINZ/AEBI-MÜLLER REGINA, Das Personenrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, 4. Aufl., Bern 2016.
- HAUSHEER HEINZ/JAUN MANUEL, Die Einleitungsartikel des ZGB, Handkommentar, Bern 2003.
- HAUSHEER HEINZ/JAUN MANUEL, Die Einleitungsartikel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, Bern 2001.
- HEIMGARTNER STEFAN/EGE GIAN, Repetitorium Strafrecht Besonderer Teil, 3. Aufl., Zürich 2018.
- HEINI ANTON/PORTMANN WOLFGANG/SEEMANN MATTHIAS, Grundriss des Vereinsrechts, Basel 2009.
- HOFSTETTER GILLES-ANTOINE, Ärztliche Aufklärungspflicht: Klare Regeln fehlen, in: plädoyer 1/16, 40–43.
- HONSELL HEINRICH/VOGT NEDIM PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), Basler Kommentar zum Schweizerischen Privatrecht, Zivilgesetzbuch I, Art. 1–456 ZGB, 6. Aufl., Basel 2018.
- HRUBESCH-MILLAUER STEPHANIE/BOSSHARDT MARTINA, Die Einleitungsartikel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Art. 1–9 ZGB), Bern 2019.
- HÜRLIMANN-KAUP BETTINA/SCHMID JÖRG, Einleitungsartikel des ZGB und Personenrecht, 3. Aufl., Zürich 2016.
- JÄGGI PETER/GAUCH PETER/HARTMANN STEPHAN (Hrsg.), Art. 18 OR; Auslegung, Ergänzung und Anpassung der Verträge, Simulation. Zürcher Kommentar, 4. Aufl., Zürich 2014.

JUNGO ALEXANDRA, Art. 8 ZGB, Zürcher Kommentar, 3. Aufl., Zürich 2018.

KÄHR MICHEL, Repetitorium Gesellschaftsrecht, 4. Aufl., Zürich 2020.

KASER MAX/KNÜTEL ROLF/LOHSSE SEBASTIAN, Römisches Privatrecht, 22. Aufl., München 2019.

KEIST RAMONA, Gesichtserkennung im zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz, in: Jusletter vom 20. Mai 2019.

KÖNIG ROGER, Repetitorium Haftpflichtrecht, 3. Aufl., Zürich 2019.

KREN KOSTKIEWICZ JOLANTA/WOLF STEPHAN/AMSTUTZ MARC/FANKHAUSER ROLAND, ZGB Kommentar, 3. Aufl., Zürich 2016.

LEU DANIEL/VON DER CRONE CASPAR, Übermässige Bindung und die guten Sitten. Zum Verhältnis von Art. 27 ZGB und Art. 20 OR, in: SZW 2003, 221–228.

MEIER-HAYOZ ARTHUR/FORSTMOSER PETER/SETHE ROLF, Schweizerisches Gesellschaftsrecht, 12. Aufl., Bern 2018.

MORAND ANNE-SOPHIE/MÜLLER MELANIE, Übungsbuch Personenrecht und Einleitungsartikel, Repetitionsfragen, Übungsfälle und bundesgerichtliche Leitentscheide, 3. Aufl., Zürich 2020.

MÜLLER LUKAS, Vorsorgliche Massnahmen, Lexwiki.ch, 13. April 2015, abrufbar unter: www.lexwiki.ch → Prozessrecht / Zivilprozessrecht.

OTT WALTER/GRIEDER THOMAS, Plädoyer für den postmortalen Persönlichkeitsschutz, in: AJP 6/2001, 627–631.

PELLASCIO MICHEL, Repetitorium Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, 3. Aufl., Zürich 2019.

PLÜSS ADRIAN, Datenlieferungen im Rahmen des sogenannten US-Programms, in: AJP 10/2015, 1360–1370.

PLÜSS ADRIAN, Verantwortlichkeit bei Vereinen und Stiftungen, in: Insolvenz- und Wirtschaftsrecht 1/2000, 22–25.

REBER MARTINA, Datenlieferungen durch Banken an die USA bleiben unzulässig, in: Jusletter vom 28. Mai 2018.

RIEHMER KLAUS, Körperschaften als Stiftungsorganisationen, Baden-Baden 1993.

RIEMER HANS MICHAEL, GAFI-Umsetzung: Pflicht zur Eintragung ins Handelsregister auch für kirchliche Stiftungen und Familienstiftungen, in: SZW 2016, 70–75.

RIEMER HANS MICHAEL, Vereinsinternes Verfahren bei Vereinsstrafen, in: Causa Sport 2013, 296–298.

RIEMER HANS MICHAEL, Vereins- und Stiftungsrecht (Art. 60–89^{bis} ZGB), Handkommentar, Bern 2012.

RIEMER HANS MICHAEL, Wohlerworbene bzw. unentziehbare Mitgliedschaftsrechte im Verein und im Vereinsverband, in: Causa Sport 2008, 317–319.

RIEMER HANS MICHAEL, Die Einleitungsartikel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, 2. Aufl., Bern 2003.

RIEMER HANS MICHAEL, Personenrecht des ZGB, Studienbuch und Bundesgerichtspraxis, 2. Aufl., Bern 2002.

RIEMER HANS MICHAEL, Schematische Übersichten über die wichtigsten Klagen des ZGB (Personen-, Familien-, Erb- und Sachenrecht) und ihre Merkmale, in: recht Studienheft 2, 2. Aufl., Bern 2002.

RIKLIN FRANZ, Der straf- und zivilrechtliche Ehrenschatz im Vergleich, in: ZStR 1983, 29–56.

SCHERRER URS/BRÄGGER RAFAEL, Aufnahmeverfahren in Sportverbände am Beispiel der FIFA, in: Causa Sport 2016, 99–107.

- SCHERRER URS/BRÄGGER RAFAEL, Zur Satzungs- und Gesetzeskonformität von Vereinsstrafverfahren am Beispiel des FIFA-Ethikverfahrens, in: SJZ 111/2015, 269–479.
- SCHERRER URS/GRETER MARCO, Der Verein in der Praxis – Organisation und Steuern, 2. Aufl., Zürich 2019.
- SENN MISCHA CHARLES, Satire und Persönlichkeitsschutz, Diss. Zürich, Bern 1998.
- SPRECHER THOMAS/EGGER PHILIPP/VON SCHNURBEIN GEORG, Swiss Foundation Code 2015, Basel 2016.
- SPRECHER THOMAS/VON SALIS-LÜTOLF ULYSSES, Die Schweizerische Stiftung: Ein Leitfaden, Zürich 1999.
- STAUFFER VON MAY NANDO, Zusammenschluss einer Stiftung und einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, in: Jusletter vom 29. April 2019.
- TRECHSEL STEFAN/PIETH MARK (Hrsg.), Schweizerisches Strafgesetzbuch, Kurzkommentar, 3. Aufl., Zürich 2017.
- TUOR PETER/SCHNYDER BERNHARD/SCHMID JÖRG/JUNGO ALEXANDRA, Das Schweizerische Zivilgesetzbuch, 14. Aufl., Zürich 2015.
- VAN DER MEER JENS, Die Rechtsstellung der Basler E. Zünfte und E. Gesellschaften, Diss. Basel, Basel 2013.
- VON DER CRONE DANIEL/LEU DANIEL, Übermäßige Bindung und die guten Sitten. Zum Verhältnis von Art. 27 ZGB und Art. 20 OR, in: SZW 4/2003, 221–228.
- VON SCHNURBEIN GEORG/KIPFER-BERGER JONAS, Die Zweckänderung bei Stiftungen nach Art. 86a ZGB, in: successio 2017, 177–191.
- WYSS LUKAS, Mehrparteienverfahren und kollektiver Rechtsschutz vor Zivilgerichten in der Schweiz, in: Jusletter vom 16. Februar 2015.
- ZELLER ERNST, Treu und Glauben und Rechtsmissbrauchsverbot, Diss. Zürich, Zürich 1981.

